

Solidaritätserklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland mit dem Bildungsstreik der Studierenden

im Dezember 2009

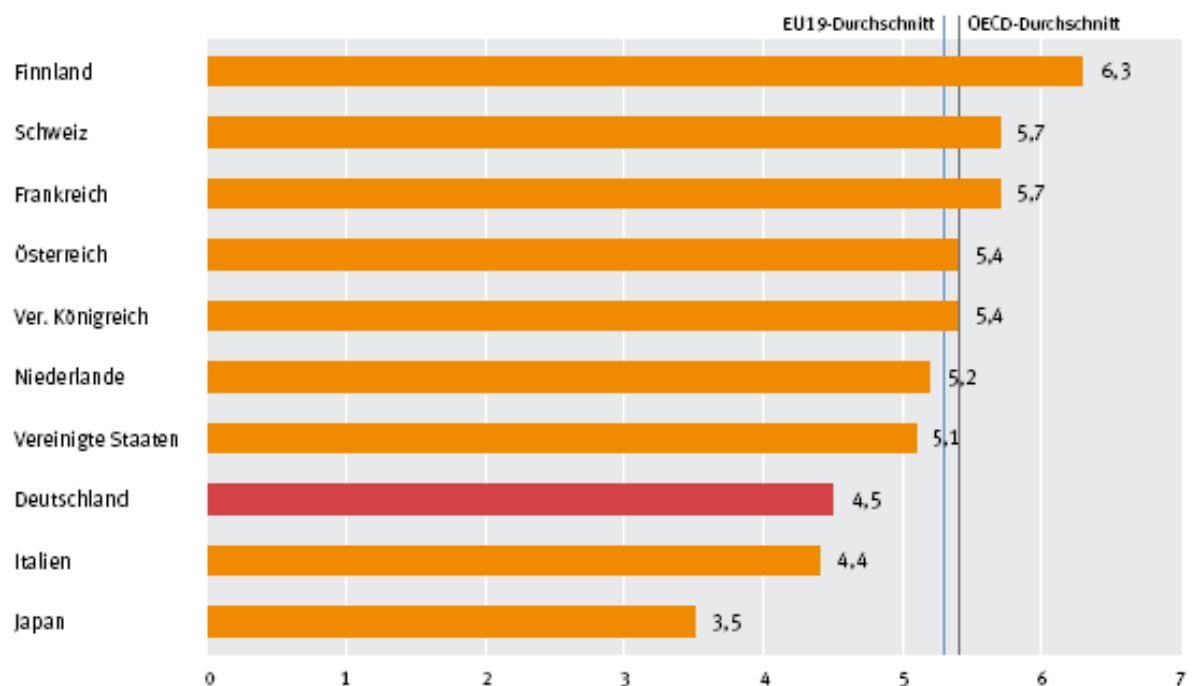
Der Wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland hat auf seiner Mitgliederversammlung in Hannover am 4. Dezember 2009 seine Unterstützung und Solidarität mit dem Bildungsstreik der Studierenden erklärt.

Der gegenwärtige Umbau der Hochschulen zielt letztlich auf ihre direkte Einbeziehung in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft. Hochschulen sollen nur noch einem Ziel dienen, sie sollen Bestandteil der profitgetriebenen internationalen Konkurrenz großer Kapitaleigentümer, der Banken, Versicherungen und transnationalen Konzerne werden. Dazu sollen systemkritische Wissenschaftsansätze und Forschungsergebnisse weiter marginalisiert oder gänzlich eliminiert werden. Die Studierenden wehren sich mit ihrem Bildungsstreik zu Recht gegen die mit diesem Umbau verbundene Unterwerfung des Studiums, Lehrens und Lernens unter das Diktat kapitalistischer Verwertung und unter die Ideologie des freien Marktes. Sie wehren sich zu Recht gegen die Bedingungen der Massenausbildung bei gleichzeitiger strategisch gewollter Unterfinanzierung der Hochschulen, die zur Verknappung von Studienplätzen und zur Entsolidarisierung unter den Studierenden führen. Sie wehren sich zu Recht gegen ihre Zurichtung als Humankapital, denn Verknappung und Entsolidarisierung sind nützliche Mittel für die Produktion willfähriger, von Angst um die eigene Zukunft getriebener Menschen. Indem die Studierenden sich gegen die Privatisierung der Hochschulen, in Gestalt von Studiengebühren und der Dominanz von Partikularinteressen in den Hochschulräten, zur Wehr setzen, kämpfen sie zugleich auch gegen die Entdemokratisierung von Hochschule und Wissenschaft.

Der Wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland betrachtet den Protest der Studierenden als einen zentralen Beitrag für die Durchsetzung öffentlicher demokratischer Kontrolle gegenwärtiger und künftiger Wissenschaftsentwicklung.

Die am Bildungsstreik Beteiligten weisen mit Recht auf die im internationalen Vergleich schlechte Situation an deutschen Schulen und Hochschulen hin. Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung insgesamt lagen in Deutschland 2006 nach internationaler Abgrenzung bei 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, mit in den letzten Jahren rückläufiger Tendenz. Unter den OECD-Ländern gaben 2006 nur die Türkei, die Slowakei, Spanien und Irland einen geringeren Anteil für Bildung aus. Bei den Spitzenreitern (USA, Korea und Dänemark) liegt der Anteil der Bildungsausgaben bei über sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Abbildung 5.3.2-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum BIP 2005 in %

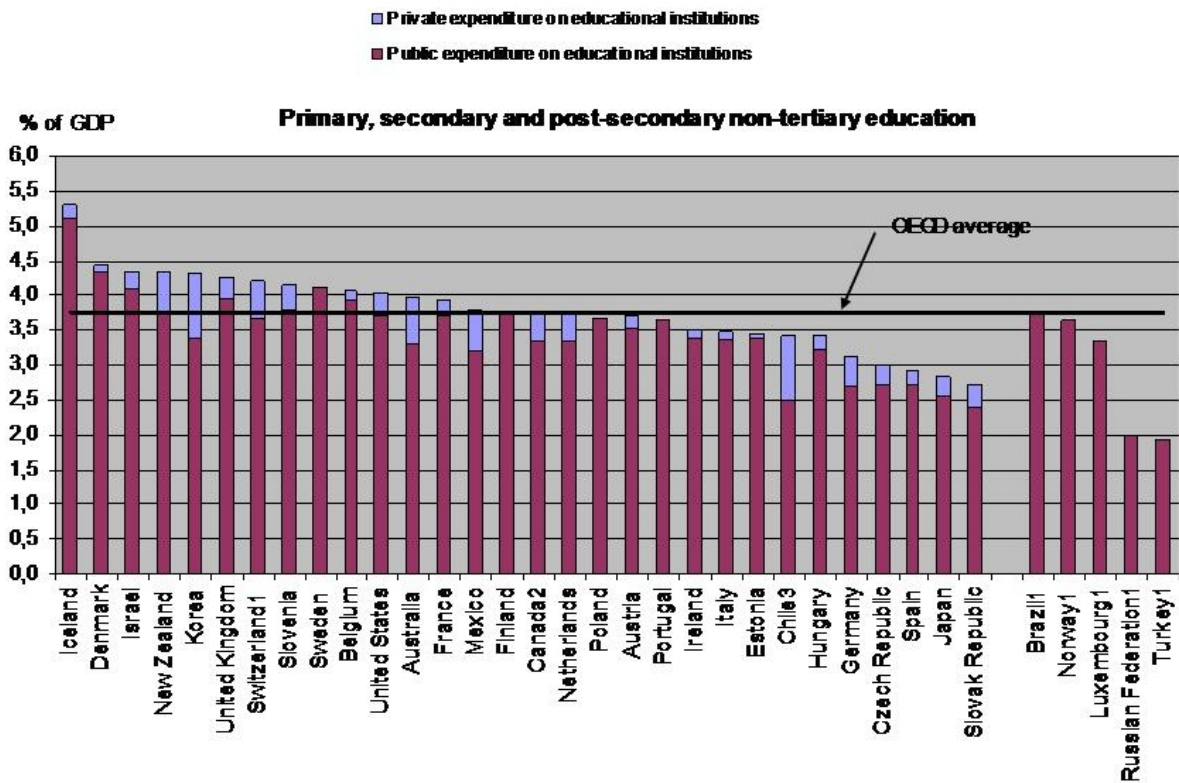


Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B4.1.

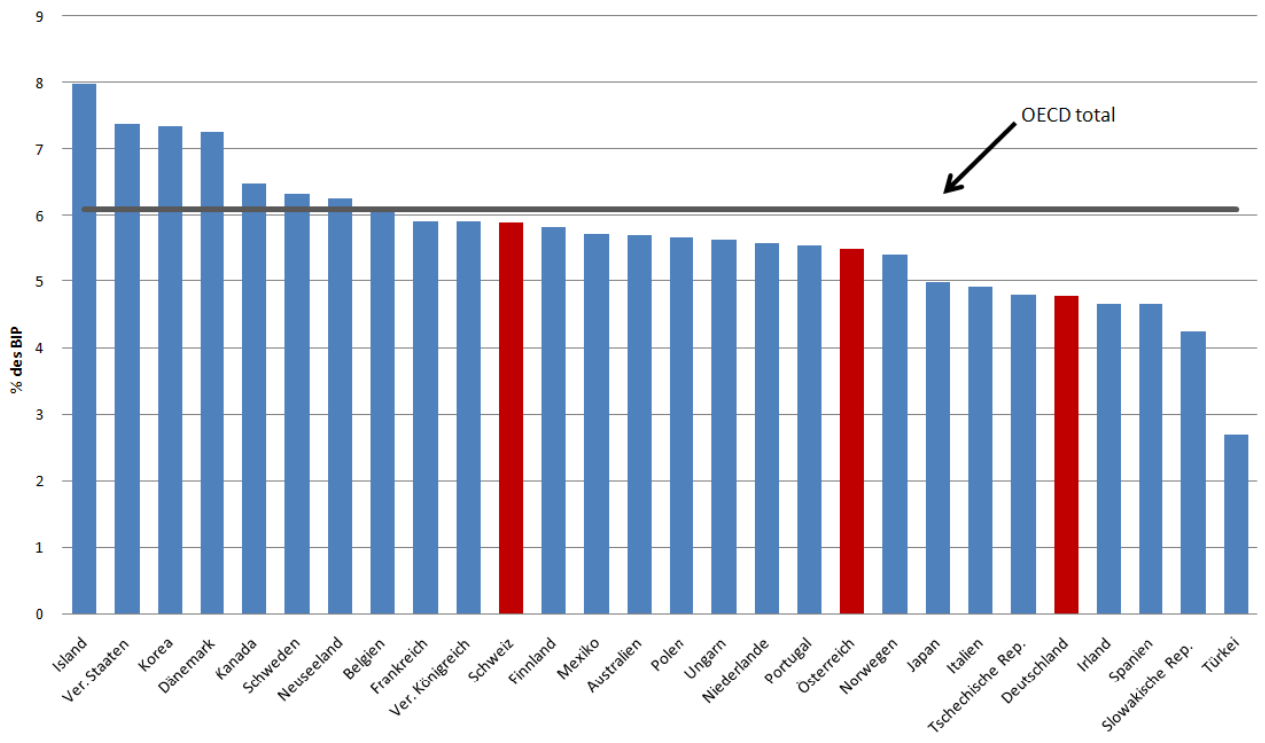
Vergleicht man die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung, steht Deutschland auch nicht viel besser da: Hinter Deutschland liegen nur noch Irland, Spanien, die Slowakische Republik und die Türkei. Dabei ist festzustellen, dass der private Anteil an den Bildungsausgaben in Deutschland vergleichsweise hoch ist. Während in den führenden PISA-Ländern Bildung eine öffentliche Angelegenheit ist, liegen die privaten Bildungsausgaben nur in den angelsächsischen Industrieländern höher als in Deutschland.

Chart B2.2. Expenditure on educational institutions as a percentage of GDP (2006)

From public and private sources, by level of education, source of funds

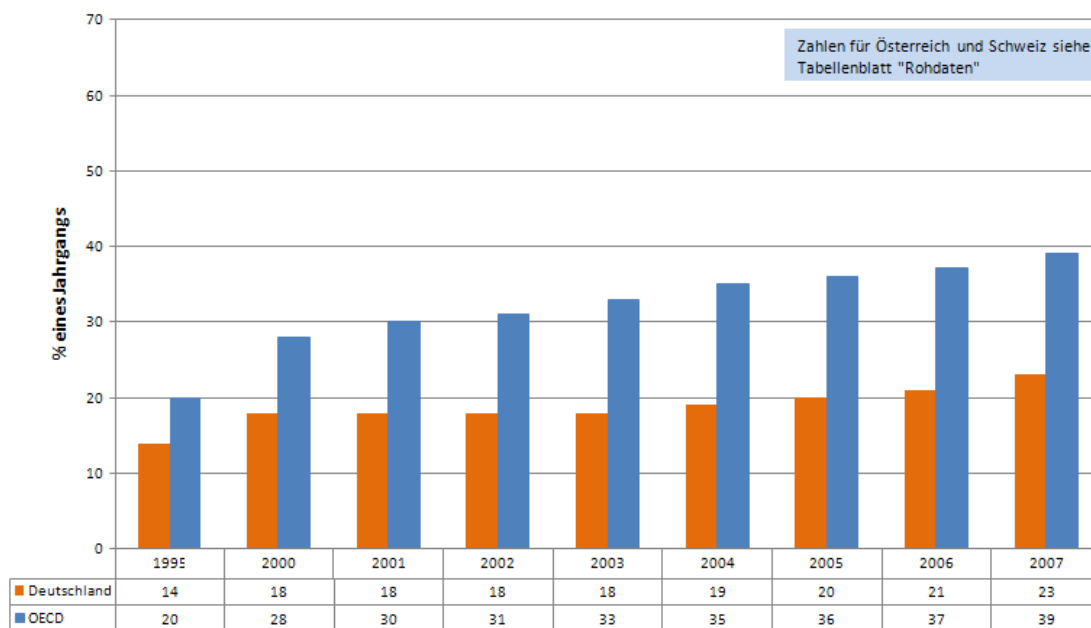


Grafik 7 - Private und öffentliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen aller Bildungsbereiche (% des Bruttoinlandsprodukt, 2006)

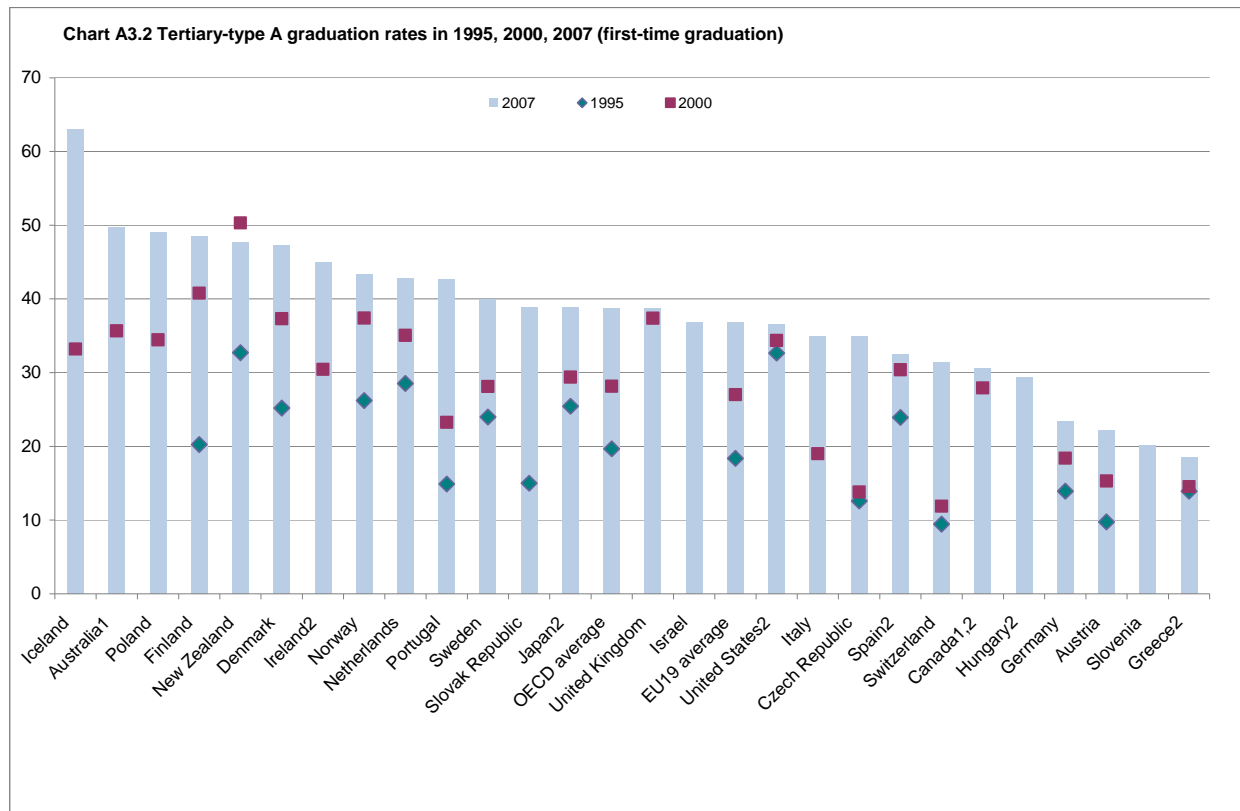


Das sind insgesamt beschämend niedrige Werte, die verschiedene nachteilige Konsequenzen haben. Es fehlen weiterhin Studienplätze, und die Zahl der Lehrenden an den Hochschulen ist vergleichsweise gering. So steht Deutschland auch mit Blick auf die Zahl der Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich schlecht da: 2007 schlossen 23 Prozent eines Jahrgangs ein Hoch- oder Fachhochschulstudium ab, 1995 waren es 14 Prozent. In den OECD-Ländern, für die die Daten für beide Zeitpunkte vorliegen, stieg die Absolventenquote demgegenüber von 18 auf 36 Prozent.

**Grafik 2 - Abschlüsse an Hoch- und Fachhochschulen (ISCED 5A)
(2007)**

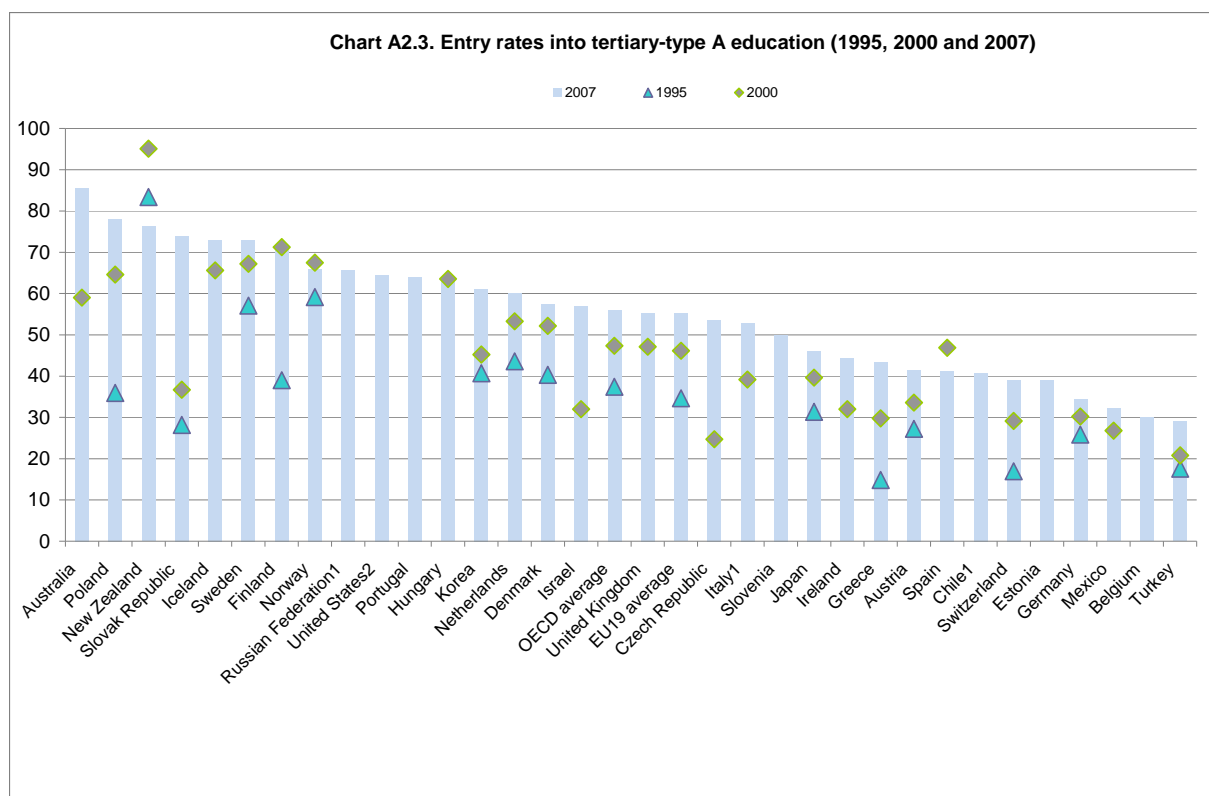


Die Zahl der Hochschulabsolventen ist prozentual nur noch in Österreich, Slowenien und Griechenland niedriger. Die Studentenproteste in Griechenland zeigen den Sprengstoff, der erzeugt wird, wenn Jugendlichen die Perspektive verloren geht.



Der Anteil der Studienanfänger an Hoch- und Fachhochschulen ist in Deutschland 2007 mit 34 Prozent eines Jahrgangs das dritte Jahr in Folge weiter gesunken. Nach der Türkei, Belgien und Mexiko ist das der geringste Wert in der OECD. Gleichzeitig weisen Belgien und die Türkei deutlich höhere Studienanfängerquoten in der höheren beruflichen Bildung auf als Deutschland. Im OECD-Mittel liegt die Studienanfängerquote an Hoch- und Fachhochschulen bei 56 Prozent. Das Rekordhoch bei den Studienanfängern wurde 2003 gezählt.

Bereits vor den doppelten Abiturientenjahrgängen ist in Deutschland 2008 und 2009 die Studienanfängerquote zwar wieder gestiegen. Die Studienanfängerquote, das heißt der Anteil der Studienanfänger und -anfängerinnen an der gleichaltrigen Bevölkerung, liegt für das Studienjahr 2009 bei gut 43%. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Zunahme von 3 Prozent, meldet das Statistische Bundesamt. Damit liegt die Bundesrepublik aber weiter unter dem Durchschnitt der OECD und weit unter den Zahlen der skandinavischen Bildungshochburgen und dem Spitzenreiter Australien.



So ist es keineswegs übertriebenes Anspruchsdenken, wenn die Studierenden fordern, dass die Hochschulen finanziell besser ausgestattet werden und die Zahl der Studienplätze erhöht wird. Dabei könnte die Finanzierung der öffentlichen Bildung leicht verbessert werden, wenn die Vermögenssteuer wieder eingeführt würde. Denn diese kommt den Ländern zugute und könnte direkt in die Hochschulen investiert werden.

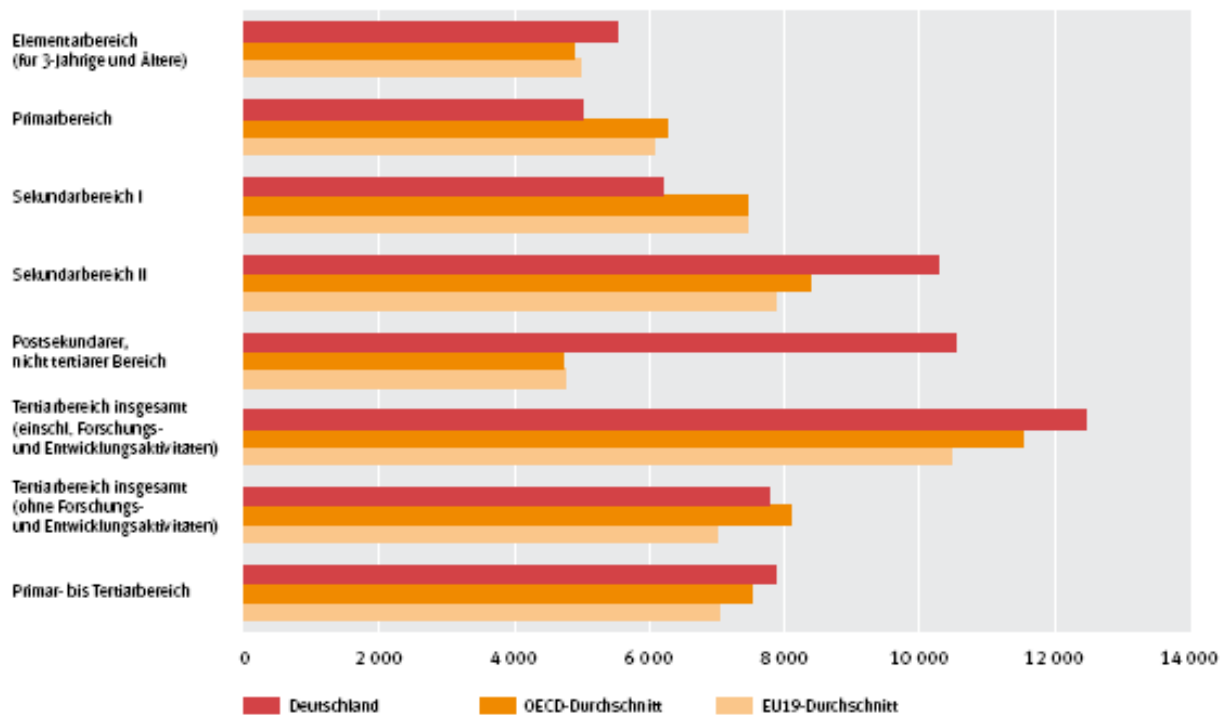
Auf die doppelten Abiturienten-Jahrgänge, die jetzt auf die Hochschulen zukommen, sind diese kapazitär nicht vorbereitet. Der Versuch, diese zusätzliche Nachfrage mit befristeten Hochdeputatsstellen zu befriedigen, ist völlig unzureichend.

Dazu kommt: Deutschland ist Spitzenreiter in der sozialen Segregation. Der Zugang zu höherer Bildung ist stärker als in allen vergleichbaren Ländern abhängig von der sozialen Herkunft, was unterschiedliche Studien übereinstimmend ermittelten.

Soziale Schicht	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Andere
Obere Dienstklasse	9 %	26 %	52 %	13 %
Untere Dienstklasse	13 %	25 %	41 %	20 %
Routinedienstleistungen in Handel u Verwaltung	20 %	24 %	30 %	26%
Selbstständige	23 %	31 %	23 %	23 %
Facharbeiter, Arbeiter mit Leitungsfunktion	24 %	25 %	21 %	29 %
An- und ungelernete Arbeiter, Landarbeiter	28 %	22 %	14 %	36 %
Gesamt	19 %	25 %	31 %	25 %

Diese Verschwendung an menschlichen Fähigkeiten und intellektuellen Befähigungen lässt sich nur als Kulturkampf der oberen Schichten deuten, die ihre Privilegien und Bildungsvorteile sichern wollen. Entsprechend fällt auch die Finanzierung der Bildungseinrichtungen sehr unterschiedlich aus. Deutschland investiert überdurchschnittlich in die Ausbildung der sich selbst rekrutierenden Elite. Der Bildungsstreik fordert hier mit Recht einen Richtungswechsel.

Abbildung 5.1.1-2: Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden nach Bildungsbereichen 2005 in US-Dollar



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B1.1a.

Die Hochschulstrukturreformen haben die Situation der Studierenden nicht verbessert. Der Bologna-Prozess hat stattdessen zu einer Einschränkung der grundrechtlich garantierten Freiheit der Lehre geführt. Studierende wie Lernende werden in starkem Maße auf verschulte Programme festgelegt, die eine freie Themenwahl unmöglich machen. Die beabsichtigte Angleichung der Studieninhalte mit der Option, Hochschulen auch international wechseln zu können, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Der Hochschulwechsel wurde mit den neuen Studiengängen erschwert, und die Zahl der Studierenden, die an ausländischen Hochschulen studierten, ist gesunken. Der Bachelor-Abschluss hat sich bisher nicht durchgesetzt und wird nicht als berufsqualifizierend wahrgenommen. Gleichzeitig wurden die Zahl der Plätze in den Masterstudiengängen begrenzt und entsprechende Hürden errichtet.

Durch die Einführung von Hochschulräten werden die Hochschulen wie Aktiengesellschaften organisiert. Die Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen wurden entmachtet und in einigen Bundesländern einem so genannten Hochschulrat unterstellt, der sowohl für die Berufung des Hochschulpräsidiums wie für alle wichtigen Entscheidungen der Hochschulentwicklung verantwortlich ist. Die Konzeption des Hochschulrats gleicht der eines Aufsichtsrats, während das hauptberufliche Präsidium dem Vorstand einer Aktiengesellschaft vergleichbar ist. Dabei rekrutiert sich der Hochschulrat in einigen Ländern selbst, ist also von jeder mittelbaren oder direkten demokratischen Legitimation weit entfernt, und soll mindestens zur Hälfte aus Externen bestehen.

Die Wissenschaftsfreiheit des Art. 5 GG fordert jedoch eine diese Freiheit gewährleistende Organisation der Hochschule. „Der Staat muss danach für funktionsfähige Institutionen eines freien Wissenschaftsbetriebs sorgen“, verlangt das BVerfG, „und durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherstellen, dass das individuelle Grundrecht der freien wissenschaftlichen Betätigung so weit unangetastet bleibt, wie das unter Berücksichtigung der anderen legitimen Aufgaben der Wissenschaftseinrichtungen und der Grundrechte der verschiedenen Beteiligten möglich ist. [...] Wissenschaft ist ein grundsätzlich von Fremdbestimmung freier Bereich autonomer Verantwortung (vgl. auch BVerfGE 35, 79 [113]; 47, 327 [367]; 90, 1 [12]). Dem Freiheitsrecht liegt auch der Gedanke zu Grunde, dass eine von gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitvorstellungen freie Wissenschaft Staat und Gesellschaft im Ergebnis am besten dient.“ (BVerfGE 111, 333)

Die Studierenden wenden sich mit Recht gegen die Unterordnung der Hochschulen unter wissenschaftsfremde Gesichtspunkte, die mit den Hochschulräten explizit eingeführt werden sollen.